



Inhalt

1. Der 100. Königsbrief	2
2. Meine Rede zum Wachstumschancengesetz	3
3. Deutschland braucht stabile Sozialsysteme	4
4. Deutschland steht fest an der Seite Israels	5
5. Die „sozial-ökologische Transformation“ gefährdet unseren Wohlstand.....	6
6. Neuwahl des Fraktionsvorstandes.....	7
7. Drucksachen der AfD-Fraktion.....	8

DEM DEUTSCHEN VOLKE

1. Der 100. Königsbrief

Vielen Dank für Eure Treue. Den Königsbrief gibt es heute zum einhundertsten Mal. Es sind schon wieder sechs Jahre, die die AfD im Deutschen Bundestag sitzt. Anfangs haben wir noch unregelmäßig berichtet, kommt der Königsbrief seit Jahren immer am Ende einer Sitzungswoche. Wie schon auf Facebook berichtet (<https://www.facebook.com/reel/1925848031148830>), möchten wir wissen, was die Leser am Königsbrief besonders gut oder eben auch besonders schlecht. Senden Sie einfach an eine Mail mit Ihrer Rückmeldung an:

joern.koenig@bundestag.de.

Wir wählen unter den besten Einsendungen drei Personen aus, welche eine schöne AfD-Uhr mit „fliegendem Sekundenschmetterling“ zugesendet bekommen:



Wir wünschen Gutes Gelingen!

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

2. Meine Rede zum Wachstumschancengesetz

Heute wurde mal wieder ein schönes Negativbeispiel der Deutschen Bürokratie im Bundestag beraten. Das Wachstumschancengesetz, ein Konglomerat aus ca. 50 steuerlichen Einzelmaßnahmen mit dem sich die Ampel die Rettung der Deutschen Wirtschaft verspricht. In üblicher Ankündigungsmanier vorgetragen, schaut Jörn König genauer hin und konstatiert:

„Das Gesetz hat jetzt schon den wenig schmeichelhaften Spitznamen „WC-Gesetz“. Ein Chancengesetz also. Chancen wurden auf jeden Fall viele nicht genutzt. Mit ein paar kleinen Änderungen, verteilt auf 50 Maßnahmen will man hier jetzt die große Rettung der Wirtschaft verkünden. Aber es ist wie immer einfach nur Flickschusterei. Das wird kein bisschen dafür sorgen, dass in Deutschland wieder zukunftsweisende Verfahren und innovative Produkte an den Start gehen.

Die Steuereinnahmen sind in den letzten Jahren um hunderte Milliarden rauf gegangen. Inflation sei Dank. Und jetzt erbarmt sich der Staat, davon mal 7 Milliarden zurückzugeben. Gnädige 5%. Was wir wirklich brauchen, ist ein großer „Wumms“ (© Ampelkindersprache), wie uns das die USA vormachen. Die investieren 738 Milliarden mit dem Inflation Reduction Act. Und auf einmal gehen viele Unternehmen aus Deutschland nach Amerika zum Überleben. Dort sind die Energiepreise, die Bürokratie und die sonstigen Rahmenbedingungen nicht durch eine wirtschaftsfeindliche Politik zerstört worden.“

Hier geht's zu meiner Rede: <https://www.youtube.com/watch?v=TD47fLV0cuY>



3. Deutschland braucht stabile Sozialsysteme

Die gesetzliche Sozialversicherung ist in Deutschland die wichtigste Institution der sozialen Sicherung. Die drei tragenden Säulen der sozialen Sicherung, die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), die Deutsche Rentenversicherung (DRV) und die Arbeitslosenversicherung (ALV) sind als umlagebasierte Systeme konzipiert mit dem ursprünglichen Ziel, den Leistungsbedarf vollständig aus dem Beitragsaufkommen der Versicherungspflicht zu bestreiten. Voraussetzung dafür ist eine stabile Decke an Beitragszahlern. Vor dem Hintergrund der bereits notwendigen und stetig steigenden staatlichen Zuschüsse für die DRV und die GKV sorgt nicht nur die demografische Entwicklung für Diskussionen, sondern auch die Zuwanderung.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert in einem Antrag von der Bundesregierung einen Gesetzentwurf für eine regelmäßig fortlaufende wissenschaftsbasierte Evaluation der Auswirkungen von Zuwanderung auf die sozialen Sicherungssysteme Deutschlands. Dies soll einen transparenten Vergleich der Beiträge der verschiedenen Zuwanderergruppen mit der einheimischen Bevölkerung möglich und die eklatanten Missstände bezifferbar machen.

Jörn König erklärt: „Für alle Träumer, die die Mär einer Migration voller Fachkräfte glaubt haben wir in diesem guten Antrag mal alle Zahlen konkret zusammengestellt. Daraus geht so eindeutig hervor, dass Zuwanderer selten in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung stehen und um ein vielfaches so oft Sozialleistungen beziehen wie Deutsche.

Das sind alles Kosten für unser Sozialsystem, was die immer weniger werdenden Leistungsträger unserer Gesellschaft schultern müssen. Und die Zahlen sind vom Migrationsmonitor der Bundesanstalt für Arbeit selbst und vom Institut für Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung. Die Zahlen sind also da, nur der politische Wille auf diese Zahlen angemessen zu reagieren fehlt. Da hilft es den übrigen sozialistischen Einheitsparteien auch nicht, dass sie jetzt zaghaft anmerken, dass sich da Belastungsgrenzen aufzeigen. Ist ja wieder typisch. Bald sind Wahlen, die AfD ist stark wie nie zuvor und auf einmal wollen die anderen Parteien ein bisschen was in der Migrationsfrage machen, um nicht noch die letzten Wähler zu verlieren. Aber diese billige Taktik wird nicht aufgehen. Die Menschen haben mittlerweile begriffen, dass deren Positionierung nur bis zur nächsten Wahl zählt. Danach wird wieder geschröpft. Das Original gibt's eben nur bei der AfD.“

4. Deutschland steht fest an der Seite Israels

Der Staat Israel sieht sich seit den Morgenstunden des 7. Oktober 2023 einer noch nie dagewesenen Welle terroristischer Angriffe ausgesetzt. Nie zuvor in seiner 75-jährigen Geschichte war der Staat Israel einer solchen terroristischen Gewalt und Brutalität ausgesetzt. Die Angriffe auf Israel müssen umgehend beendet und alle Entführten müssen umgehend freigelassen werden.

Die palästinensische Terrororganisation Hamas hat in einer langfristig vorbereiteten Aktion tausende Raketen auf Israel abgefeuert und damit Tod und Zerstörung über Israel gebracht. Parallel dazu drangen rund tausend schwer bewaffnete Terroristen von Hamas und Islamischem Dschihad vom Gazastreifen auf israelisches Staatsgebiet ein und ermordeten gezielt Hunderte unschuldige israelische Bürgerinnen und Bürger, darunter Frauen, Kinder und Jugendliche, als auch Angehörige anderer Staaten. Darüber hinaus wurden Hunderte Menschen von Hamas-Terroristen in den Gazastreifen verschleppt. Ihr Schicksal ist ungewiss.

Der Deutsche Bundestag hat in einen Entschließungsantrag einstimmig beschlossen, dass die Bundesregierung Israel volle Solidarität und jedwede Unterstützung gewähren soll.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat sich zu dem Thema ganz deutlich positioniert. Reine Solidaritätserklärungen helfen weder den Terroristen, noch beeinflussen sie das Handeln der Terroristen. Daher müssen sämtliche Zahlungen an Palästinenser sofort eingestellt werden.

Jörn König bedauert: „Die Vorstellung, dass die Hamas diese Gräueltaten mit westlichem Geld angerichtet hat, widert mich an. Dieser terroristische Sumpf muss ausgetrocknet werden. Wer ernsthaft glaubt, alle humanitären Gelder dort unten kommen auch ausschließlich für diese Zwecke an und werden von dem korrupten System nicht zu einem beträchtlichen Teil in terroristische Hände umgeleitet, dem kann keiner mehr helfen. Wir sagen daher immer wieder: Kein Geld für Palästinenser“.

5. Die „sozial-ökologische Transformation“ gefährdet unseren Wohlstand

Die soziale Marktwirtschaft war über Jahrzehnte das Rückgrat des deutschen Wohlstands. Eine gesunde Balance aus Anreizen für Unternehmertum und Solidarität gegenüber den schwächsten der Gesellschaft. Die Regierungen der letzten Jahrzehnte scheinen vergessen zu haben, dass eine starke Industrie in einem Land ohne nennenswerte Rohstoffexporte der Grundpfeiler des Wohlstands ist. Eine fehlende Leistungsorientierung und lockere Migrationspolitik sorgen mittlerweile dafür, dass das deutsche Sozialsystem zum wesentlichen Faktor der Einwanderung nach Deutschland und Europa geworden ist.

Die AfD-Bundestagsfraktion kritisiert in einem Antrag die immer weiter ausufernden Technologieverbote. Diese führen zu tiefgreifenden Strukturbrüchen in der Industrie, wie beispielsweise das Verbrenner-Verbot auf EU-Ebene. Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, die CO₂-Bepreisung auf Treibstoffe abzuschaffen und von einer Politik der Kontrolle zum marktwirtschaftlichen Prinzip der innovationsfreudigen Offenheit für verschiedene Technologien zurückzukehren. Andernfalls droht die mittelständisch geprägte Automobilindustrie als wichtige Stütze der deutschen Wirtschaft wegzubrechen, womit der Standort Deutschland im internationalen Vergleich weiter abfallen würde.

Jörn König meint: „In der Geschichte der westlichen Welt sind Demokratie und Marktwirtschaft eng miteinander verwoben. Die Freiheit zu eigenverantwortlichem wirtschaftlichem Handeln ist ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie, da nur so eine Unabhängigkeit von staatlicher Willkür bezüglich Transferleistungen garantiert werden kann. In einigen unserer wichtigsten Wirtschaftszweige, der Automobilindustrie und der Bauwirtschaft, wird die Marktwirtschaft inzwischen so weit beschnitten, dass Deutschland zu einem Auswanderungsland für die Industrie geworden ist. Die AfD hat sich auf die Fahnen geschrieben diesen Prozess umzukehren und Deutschland auf Grundlage marktwirtschaftlicher Tugenden zu alter Stärke zu führen.“

6. Neuwahl des Fraktionsvorstandes

Die AfD-Bundestagsfraktion hat am Dienstag auf ihrer Fraktionssitzung turnusgemäß den Fraktionsvorstand neu gewählt.

Fraktionsvorsitzende: Alice Weidel, Tino Chrupalla

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:
Sebastian Münzenmaier, Beatrix von Storch, Stefan Keuter, Jörn König

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer: Bernd Baumann

Parlamentarische Geschäftsführer:
Stephan Brandner, Götz Frömming, Enrico Komning

Vielen Dank für alle Glückwünsche, die mich schon erreicht haben.



7. Drucksachen der AfD-Fraktion

- 20/8386 [Drucksache als PDF](#) Verwendung von Bundesmitteln bei der Öffentlichkeitsarbeit für das geplante LNG-Terminal in Mukran auf Rügen -20/8198-
- 20/8473 [Drucksache als PDF](#) Sachstand zur Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten für die Bundespolizei - Stand: Anfang September 2023 -20/8233-
- 20/8587 [Drucksache als PDF](#) Wahl eines Stellvertreters der Präsidentin
- 20/8588 [Drucksache als PDF](#) Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß Artikel 45d des Grundgesetzes
- 20/8576 [Drucksache als PDF](#) Globale Infrastruktur im deutschen Interesse errichten – Global-Gateway-Initiative der Europäischen Union durch neue Strategie gestalten
- 20/8476 [Drucksache als PDF](#) Chinesische Studenten in Deutschland im Zusammenhang mit der Anrechnung von Studienplatzkosten als Official Development Assistance und vor dem Hintergrund chinesischer Einflussnahme -20/8166-
- 20/8477 [Drucksache als PDF](#) An die Subvariante Omikron XBB.1.5 angepasste Corona-Impfstoffe -20/8232-
- 20/8551 [Drucksache als PDF](#) Besetzung von neun Referatsleitungen durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/6919) -20/8305-
- 20/8582 [Drucksache als PDF](#) Mögliche Unregelmäßigkeiten bei der Visavergabe
- 20/8583 [Drucksache als PDF](#) Werbemaßnahmen der Bundeswehr
- 20/8584 [Drucksache als PDF](#) Personalmangel in der Justiz
- 20/8585 [Drucksache als PDF](#) Zugelassene Impfstoffe und die wesentlichen der Zulassung zu Grunde liegenden Studien sowie Daten zu Nebenwirkungen und Sterbefällen
- 20/8598 [Drucksache als PDF](#) Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/7884)
- 20/8613 [Drucksache als PDF](#) Verbindlichkeit des Grundgesetzes bei WHO-Pandemieabkommen und Internationalen Gesundheitsvorschriften
- 20/8618 [Drucksache als PDF](#) Milliarden-Investition des taiwanesischen Chipherstellers TSMC in Sachsen und Umfragewerte der Partei Alternative für Deutschland

- 20/8478 [Drucksache als PDF](#) Nutzung der Dienstwagen durch die Bundesregierung -
20/8143-
- 20/8479 [Drucksache als PDF](#) Zukunft der Bundesjugendspiele als individuelles, gesellschaftliches und leistungsorientiertes Sportereignis -20/8286-
- 20/8507 [Drucksache als PDF](#) Stationsoffensive der DB Station&Service AG im Jahr 2022 -
20/8191-
- 20/8508 [Drucksache als PDF](#) Straftaten durch Angehörige ausländischer Streitkräfte -
20/8282-
- 20/8513 [Drucksache als PDF](#) Dienstreisen der Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser -20/8313-
- 20/8515 [Drucksache als PDF](#) Cyberkriegsführung und Cyberkriegsverteidigung: rechtliche, organisatorische und politische Aspekte -20/8158-
- 20/8516 [Drucksache als PDF](#) Herkunftsnachweise für sogenannte erneuerbare Energien
-20/8302-
- 20/8631 [Drucksache als PDF](#) Umfang und Umsetzungsstand der Aufnahmeprogramme für afghanische Ortskräfte sowie für besonders gefährdete Afghanen
- 20/8590 [Drucksache als PDF](#) Beschaffungsvorhaben Transportpanzer 6x6 (FUCHS-Nachfolge) -20/8169-
- 20/8591 [Drucksache als PDF](#) Projekte des Auswärtigen Amtes im Jahr 2022 -20/8172-
- 20/8594 [Drucksache als PDF](#) Versorgung mit drahtlosen Netzzugangspunkten (WLAN) auf Bahnhöfen und in Zügen der im Bundeseigentum stehenden Deutschen Bahn -
20/8185-
- 20/8603 [Drucksache als PDF](#) Erfassung von Gewaltdelikten mit Messern in der Polizeilichen Eingangsstatistik der Bundespolizei im ersten Halbjahr 2023 und bis Ende August 2023 -20/8264-
- 20/8640 [Drucksache als PDF](#) Zuschüsse für Investitionen zum modellhaften Umbau von Industriedenkmalern
- 20/8642 [Drucksache als PDF](#) Medikamentenexporte in die Ukraine
- 20/8738 [Drucksache als PDF](#) Verbot der Organisationen „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ und „Samidoun“

- 20/8739 [Drucksache als PDF](#) Angesichts des Terrorangriffs der Hamas auf Israel – Mittelvergabe an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten umgehend stoppen
- 20/8740 [Drucksache als PDF](#) Erziehung von Kindern in den palästinensischen Gebieten zum Terrorismus verurteilen – Finanzierung durch Deutschland sofort beenden
- 20/8737 [Drucksache als PDF](#) Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsstellung und die Finanzierung parteinaher Stiftungen
- 20/8643 [Drucksache als PDF](#) Initiative „Vielfalt an deutschen Hochschulen“
- 20/8741 [Drucksache als PDF](#) Unsere Wirtschaft, unser Mittelstand – Wirtschaftspolitik vorhersehbar und stetig gestalten und die sogenannte sozial-ökologische Transformation beenden
- 20/8742 [Drucksache als PDF](#) Kommunale Wärmeplanung und Dekarbonisierung der Wärmenetze stoppen – Sichere, lückenlose und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten
- 20/8743 [Drucksache als PDF](#) Forschung zur technologischen Nutzbarkeit von Laubhölzern jetzt erforderlich
- 20/8744 [Drucksache als PDF](#) Reparatur der Nord-Stream-Erdgasleitungen ermöglichen und vorantreiben